

# Internationale Gewerkschaftsbewegung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **3 (1911)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Damit sind aber die mannigfachen moralischen Anfechtungen des ersten Kapitels unserer Herren Gegner so ziemlich erledigt.

Im zweiten Kapitel steht u. a. folgendes zu lesen:

Wenn man von den Darlegungen des schweizerischen Gewerkschaftsbundes die leeren Behauptungen, das tendenziöse Machwerk abzieht, bleibt die nackte Tatsache übrig, dass die Preise vieler Lebensmittel und der Wohnungen an den meisten Orten, vornehmlich in den Städten, im Laufe der letzten Jahre gestiegen, zum Teil stark gestiegen sind.

Das ist ja gerade unsere Behauptung.

Weiter heisst es:

Wenn man sich aber über die Bedeutung dieser Preissteigerung für die Lebenshaltung Rechenschaft geben will, darf man nicht, wie dies das Gewerkschaftssekretariat tut, die Untersuchung auf einzelne Lebensmittel und die letzten paar Jahre, seit denen die Teuerung sich fühlbar macht, beschränken. Eine solche Darstellung ist irreführend und kann ihrem Urheber den Vorwurf dilettantischer Arbeitsweise oder bewusster Entstellung nicht ersparen. Ein etwas weiterer Ueber- und Rückblick gibt erst ein richtiges Bild der gegenwärtigen Situation.

Hierzu ist zu bemerken, dass es unmöglich ist, eine vollständige Darstellung der Preise aller Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände, Wohnungen aller Grössen etc. zu bringen, auch wenn die nötigen Angaben dafür vorhanden wären. Man müsste schliesslich dabei ein Monstrum statistischer Darstellungen bekommen, das jeder Uebersichtlichkeit entbehrt. Das wissen jedenfalls die Herren der « Arbeitgeber-Zeitung » auch, genau so wie sie wissen dürften, dass dies zur Beurteilung der Fragen, die wir aufrollten, gar nicht notwendig war.

Wir denken, wenn man einmal über die Preise der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, ferner über die der Wohnungen, das heisst alles dessen, was den Hauptteil im Haushaltbudget der ärmern Bevölkerungsschichten ausmacht, orientiert ist und damit die für den gleichen Zeitraum geltenden Arbeitslöhne vergleicht, so ist man imstande, sich über die Existenzverhältnisse dieser Schichten ein ziemlich richtiges Urteil zu bilden. Wer das nicht kann, der ist in sozialen Dingen ein « Löhl » — berndeutsch gesagt.

Im übrigen ist zum Glück der Grossteil des Volkes nicht so blind, um das, was der einzelne fast täglich selber empfinden muss, nicht wahrzunehmen.

Wenn die Redaktion der « Arbeitgeberin » noch zehnmal mehr Zahlenmaterial vom Londoner Economist, von Soetburs, Sauerbeck u. a. herbeischleppt, so beweist das nichts gegen unsere Ausführungen, solange man die Arbeitslöhne, die Steigerung der Bedürfnisse der Bevölkerung, die Produktionsfähigkeit, das Wachstum des Reichtums in den obern Regionen der Gesellschaft und dergleichen Dinge nicht damit vergleicht. Je-

denfalls werden damit die nackten Tatsachen, die jeder, der Augen hat zu sehen, täglich sehen kann, nicht aus der Welt geschafft.

(Fortsetzung folgt.)



## Internationale Gewerkschaftsbewegung.

### Die gewerkschaftliche Organisation in Dänemark

ist verhältnismässig eine der stärksten der Welt. In der Prozentzahl der Organisierten übertrifft sie Deutschland, England, Belgien und folglich auch Frankreich. Was die Bewegung charakterisiert, das sind nicht bloss ihre allgemeinen Tendenzen, nicht ihre anerkannt eiserne Disziplin und ein Gefühl der Solidarität, das man sich kaum tiefer und dauernder denken kann, sondern vor allem die relative Stärke gewisser Organisationen. Es gibt Verbände in Dänemark, die alle Glieder des Berufes umfassen, mit Ausnahme derer, die aus irgendwelchen Gründen ausgeschlossen worden sind. Ein weiteres Merkmal der dänischen Bewegung ist das organische Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit der sozialistischen Partei.

Dänemark war während langer Zeit ein fast ausschliesslich ackerbautreibendes Land, in dem das ländliche Element das städtische weit überwog. Die Industrie steckte in den Kinderschuhen und die Städte waren selten. In den letzten dreissig oder vierzig Jahren hat sich jedoch eine bedeutende Veränderung vollzogen. Die Industrien sind aufgeschossen, der Handel hat sich entwickelt, der Verkehr zu Land und Meer erfordert ein immer zahlreicheres Personal und damit ist ein bedeutendes städtisches Proletariat entstanden, ohne das der gewerkschaftliche Aufschwung nicht denkbar wäre. Von 1872 bis 1897 hat sich die Zahl der Fabrikarbeiter beinahe versechsfacht. Von 1897 bis 1906 war die Entwicklung nicht weniger bedeutend; die Unternehmungen mit mehr als 100 Arbeitern vermehrten in dieser Zeit ihr Personal um 42 Prozent, während die industrielle Bevölkerung insgesamt bloss eine Vermehrung von 15 Prozent aufwies. Die Industrie verwendete in 1897 49,101 Pferdekräfte gegen 125,437 im Jahre 1906, das ist eine Steigerung um 155 Prozent.

Die Geschichte des Gewerkschaftswesens in Dänemark ist eng verknüpft mit dem sozialistischen Vormarsch. Es gibt weder zahlreiche christliche noch lebendige liberale Gewerkschaften. Im Jahre 1871 wurde eine Sektion der Internationale gegründet, die hauptsächlich aus Berufsvereinen und gemischten Gewerkschaften bestand. 1872 zählte sie 2000 Mitglieder; sie beunruhigte bereits die Regierung, die im Jahre 1873 ihre Auflösung dekretierte. Aus ihrer Asche erhob sich der demokratische Arbeiterverein, der, wie die Sektion der Internationale, vor allem auf den Gewerkschaften beruhte. Im Jahre 1876 hielt er seinen ersten Kongress ab, der von 75 Delegierten beschickt war, die 6042 Mitglieder vertraten. Hier wurde die sozialdemokratische Partei gegründet, in der die Gewerkschaften dominierten. Nach inneren Zwistigkeiten stellte der Kongress von 1878 die Einheit der Partei wieder her, die seitdem parallel mit den Gewerkschaften sich entwickelt hat, denen sie übrigens ihre volle Selbständigkeit lässt.

Das Klassenbewusstsein der Arbeiter kommt erst zum Ausdruck bei der Gründung der Gewerkschaft der Tabakarbeiter 1871, und von da an geht es rasch aufwärts. Mit dem Jahre 1875 setzt eine rückläufige Bewegung ein, 1879 bis 1885 beginnt jedoch wieder ein beständiger Aufstieg.



Eine neue Aera beginnt mit den skandinavischen Gewerkschaftskongressen im Jahre 1886, die abwechselnd in Dänemark, Schweden oder Norwegen abgehalten werden, und an denen sich auch die Finnländer beteiligten. Von hier aus setzt eine Bewegung zur Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte ein, die sich in zwei Formen vollzieht, nämlich in der Gründung von lokalen Unionen und nationalen Berufsverbänden. Im Oktober 1886 schuf Kopenhagen seine Gewerkschaftsunion, die anfangs 59 Gewerkschaften mit 10,963 Mitgliedern umfasste. Sie stand unter einem Komitee von 7 Mitgliedern, von denen zwei von der sozialdemokratischen Partei delegiert wurden. In derselben Periode schlossen sich die Gewerkschaften auch zu nationalen Berufs- und Industrieverbänden zusammen. Im Jahre 1890 zählte man deren 13, 1899 bereits 55. Die bedeutendsten davon waren damals die der Mechaniker und der ungelerten Arbeiter. In dieser Zeit der Organisation hatten die Gewerkschaften andauernde und schwere Kämpfe zu führen, die zu einem Zusammenschluss aller Kräfte drängten. Auf dem Kongress zu Kopenhagen, 3. bis 5. Januar 1898, an dem 405 Delegierte teilnahmen, wurde der dänische Gewerkschaftsbund, « de Samvirkende Fagforbund » gegründet, der alle Verbände und die noch nicht föderierten Gewerkschafter umfasst, also die Landeszentrale aller sozialistischen Gewerkschaften bildet.

Noch im selben Jahre, am 22. November, beantworteten die Unternehmer diese Konzentration der proletarischen Kräfte mit der Gründung des dänischen Arbeitgeber- und Meisterverbandes, einer starken, kampflustigen Gesellschaft, die im darauffolgenden Frühling mit der grossen Aussperrung debütierte, die 40,000 bis 50,000 Menschen, ungefähr ein Drittel aller Industriearbeiter, durch sechs Monate ausser Arbeit setzte. Aus diesem Riesenkampf, der im Zimmergewerbe begann und sich nach und nach auf die Sägereien, Zementfabriken, die Schmieden, die Konfektion, die Textilindustrien u. a. ausdehnte, stammt die Taktik der Unternehmer auf partielle Streiks mit einer nationalen Aussperrung zu reagieren. Die Absicht der Unternehmer, die wachsende Macht der Gewerkschaften zu brechen, wurde, dank der prächtigen Haltung der Arbeiter, zusehends. In keinem Falle wurde die Entwicklung der Gewerkschaften durch jenen Kampf gehemmt. Im Gegenteil datiert von ihm ein beständiger Aufstieg der dänischen Gewerkschaften, den wir hier nicht in allen seinen Phasen verfolgen können. Es genüge die Feststellung, dass der Gewerkschaftsbund im April 1910 98,000 Mitglieder zählte, die sich auf 53 Verbände mit 1241 Sektionen und 9 isolierte Gewerkschaften verteilen. Die nachstehende Tabelle gibt die Stärke der bedeutendsten Verbände Dänemarks.

	Sektionen	Mitglieder
Ungelernte Arbeiter . . . . .	221	29,935
Metallarbeiter . . . . .	55	10,000
Schneider . . . . .	79	6,230
Maurer . . . . .	81	4,754
Tabakarbeiter . . . . .	28	4,344
Textilarbeiter . . . . .	27	3,673
Typographen . . . . .	52	3,450
Maler . . . . .	32	3,250
Gemeindearbeiter . . . . .	11	2,132
Bäcker und Konditoren . . . . .	49	1,973
Transportarbeiter . . . . .	1	1,640
Maschinenbauer . . . . .	31	1,261
Buchbinder . . . . .	10	925
Sattler und Tapezierer . . . . .	39	880

Wie aus der Tabelle ersichtlich, ist der Berufsverband noch immer die vorherrschende Organisationsform. Betrachten wir zum Schluss noch die Ergebnisse der Gewerkschaftsbewegung. Im Jahre 1872 verdiente der Arbeiter in Kopenhagen durchschnittlich Fr. 3.90 täglich; in der Provinz war der Taglohn Fr. 2.58. Von 1872 bis

1882 ist der durchschnittliche Taglohn in Kopenhagen auf Fr. 4.25 gestiegen, 1892 auf Fr. 4.62, im Jahre 1898 auf Fr. 5.34, 1904 auf Fr. 5.75, in den letzten Jahren auf mehr als 6 Fr. Eine ähnliche Steigerung lässt sich auch für die Provinz feststellen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit geht Hand in Hand mit der Erhöhung des Lohnes — des Geldlohnes wenigstens. Nach der gewerkschaftlichen Statistik betrug die tägliche Arbeitszeit im Jahre 1872 für 71 Prozent der industriellen Arbeiter 11 bis 12 Stunden, 10 Prozent arbeiteten über 12 Stunden, und nur 19 Prozent hatten einen Arbeitstag von 10 bis 10½ Stunden. Im Jahre 1906 arbeiteten 53 Prozent der Arbeiter in Kopenhagen weniger als 10 Stunden, 43 Prozent 10 Stunden und nur noch 4 Prozent über 10 Stunden täglich. Eine Arbeitswoche von 56½ Stunden ist die Regel. In der Provinz ist der zehnstündige Arbeitstag vorherrschend; die Arbeitswoche erreicht dort 58 Stunden. Als Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung müssen auch die sozialen Gesetze neueren Datums — Einigungsämter und Schiedsgerichte, Arbeitslosenunterstützung u. a. — betrachtet werden.

Allein alle diese Gesetze werden von den Gewerkschaften nur als Etappen auf dem Wege zur Abschaffung der Lohnarbeit betrachtet. Die dänischen Gewerkschafter sind, wie die der meisten anderen Kulturländer, vom Geiste des Sozialismus durchdrungen und ihr Endziel ist die Ueberführung aller Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft. (Schweiz. Metallarbeiter-Zeitung.)

### Aus der französischen Bewegung.

Die drei Gesetzesentwürfe gegen die organisierte Arbeiterklasse, die wir nach offiziellen Mitteilungen bereits hier besprochen haben, sind inzwischen der Kammer zugegangen. Die Bestimmungen sind bis auf einen Punkt im wesentlichen so, wie wir sie bereits mitgeteilt haben. Das Gesetz gegen die « Sabotage » belegt auch den Versuch, die Mitschuld oder die Verleitung mit den gleichen exorbitanten Strafen.

Das Schiedsgerichtsprojekt bestimmt zunächst, dass die Eisenbahngesellschaften ein Reglement der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse dem Arbeitsminister — eventuell dem Staatsrat — zur Billigung unterbreiten müssen. Die bedeutendste Aenderung ist jedoch, dass das Schiedsgerichtsverfahren *obligatorisch* ist und die Entscheidungen des obersten Schiedsgerichts *definitiv* sind. Der Kompetenz der Schiedsgerichte unterstehen nur allgemeine Berufsinteressen. Gegen Massregelungen sind die Eisenbahner also wehrlos. Das Gesetz sieht bei Nichteinhaltung des Schiedsspruches auf beiden Seiten Strafen vor. Die Vorbereitung oder Aufforderung zum Streik soll mit Gefängnis von 15 Tagen bis 3 Monaten bestraft werden. Wird das « Delikt » während eines Schiedsverfahrens begangen, dann steigt die Strafe auf 2 Monate bis einem Jahr und kann im Wiederholungsfalle verdoppelt werden. Die Reglemente über die Zusammensetzung und die Funktionierung der unteren Schiedsämter sollen von den Eisenbahngesellschaften, mit Zustimmung des Arbeitsministers, ausgearbeitet werden. Die Angestellten werden nicht einmal gefragt. Falls ein Schiedsspruch finanzielle Opfer erfordert, haben die Gesellschaften eventuell Anspruch auf Entschädigung. Es ist bemerkenswert, dass dieses Projekt auch von den Eisenbahngesellschaften bekämpft wird.

\* \* \*

Das « Bulletin de l'Office du Travail » veröffentlicht mit der üblichen Verspätung die Statistik über die Gewerkschaften im Jahre 1909. Nach dieser Statistik stieg im Jahre 1909 die Zahl der Syndikate um 368, von 14,474 auf 14,842 und die Zahl der Mitglieder um 79,311, von 2,117,629 auf 2,196,940.



Freilich handelt es sich bei diesen geschwollenen Zahlen nur teilweise um Gewerkschaften. In der Statistik werden alle Vereine gezählt, die auf Grund des Gewerkschaftsgesetzes konstituiert sind, also sowohl Unternehmerwie gemischte und einfache Unterstützungsvereine. Die unter Arbeitersyndikate klassifizierten Vereine zählen nach der Statistik 977,350 Mitglieder, (1908 957,102) bei 5260 (5524) Syndikaten. Die Zunahme von rund 20,000 Mitgliedern bei einem Rückgang von nahezu 300 Syndikaten, lässt auf eine erfreuliche Konzentrierung der Gewerkschaften schliessen. Sieht man sich die Statistik jedoch näher an, so findet man vielfach einen *Rückgang* in der Zahl der Mitglieder, gerade bei den Gruppen, die gewerkschaftlich ernsthaft in Betracht kommen. Vielleicht rührt dieser Rückgang auch daher, dass die Syndikate es mit der Angabe ihrer Mitgliederzahl genauer genommen haben und nicht, wie es sonst üblich war, die Zahl der eingeschriebenen, statt der zahlenden Mitglieder angegeben haben. Doch das sind Vermutungen, die den Wert der Statistik noch nicht erhöhen. Zunächst müssen zwei Gruppen ganz oder teilweise ausgeschieden werden: die *liberalen Berufe* (Aerzte, Apotheker usw.) und die Gruppe *Handel und Transport*. Die liberalen Berufe sind mit 26,222 Mitgliedern aufgeführt, die fast ganz gestrichen werden können. Die Gruppe Handel und Transport figuriert mit 298,711 (270,023) Mitgliedern. Zu dieser Gruppe gehören alle die kaufmännischen Unterstützungsvereine, die mit den Gewerkschaften nichts zu tun haben und nichts zu tun haben wollen. Im übrigen kann man hinter diese Zahl ein Fragezeichen machen. Wenn wir die bestehenden Organisationen gewerkschaftlichen Charakters mit 120,000 Mitgliedern einschätzen, dürften wir kaum zu niedrig greifen. Rechnen wir weiter die liberalen Berufe ab, so bleiben im ganzen etwa 790,000 gewerkschaftlich organisierte Mitglieder. Nach der Statistik hatten ausserdem Mitglieder:

	1909	1908
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei . . . . .	55,143	55,407
Bergbau . . . . .	67,867	72,114
Steinbrüche . . . . .	14,598	8,888
Lebensmittel . . . . .	49,847	53,226
Chemische Produkte . . . . .	39,604	37,720
Papier und Poligraphie . . . . .	26,305	28,386
Lederindustrie . . . . .	25,937	31,816
Textilindustrie . . . . .	78,684	86,396
Bekleidung, Reinigung . . . . .	26,585	25,796
Holz- (Möbel-) Industrie . . . . .	37,739	36,336
Metallindustrie . . . . .	91,729	93,772
Steine und Erden . . . . .	19,984	22,314
Bauindustrie . . . . .	102,250	87,423
Persönliche Dienste . . . . .	16,145	25,527

Die Unternehmersyndikate werden mit 4450 und deren Mitglieder mit 368,547 angegeben. Doch handelt es sich nur zum geringen Teile dabei um eigentliche Kampforganisationen. So sind in der Nahrungsmittelindustrie allein 144,000 Mitglieder angegeben, worauf die Gruppe Landwirtschaft mit 47,016 und die liberalen Berufe mit 43,293 folgen. Ausserdem wurden 184 gemischte Vereine mit 38,005 Mitgliedern angegeben. Unternehmerverbände bestanden 142 mit 3242 Syndikaten und 327,686 Mitgliedern und 188 Arbeiterverbände mit 3710 Syndikaten und 832,945 Mitgliedern.

Paris, 19. Januar 1911.

Josef Steiner.

### Ein grosser Bergarbeiterstreik in Belgien

ist mit Beginn dieses Jahres ausgebrochen. Am 1. Januar trat das 1908 beschlossene Bergarbeitergesetz in Kraft, welches u. a. den Neunstundentag bringt. Die zweijährige Zwischenzeit sollte dazu dienen, dass sich die Grubenbesitzer auf die Verkürzung der Produktionszeit durch technische Verbesserungen, insbesondere der bisher oft

mangelhaften Streckenförderung einrichten könnten. In manchen Bergwerksbezirken sind Geleisverbesserungen unter Tage wirklich durchgeführt worden, während im *Lütticher* Bezirk fast nichts nach dieser Richtung geschehen ist. Nun sieht das Gesetz die ministerielle Erlaubnis vor, über den Neunstundentag hinaus längere Arbeitszeit zu gewähren; solche Erlaubnis wurde an 11 von den 42 Gesellschaften des Lütticher Bezirks erteilt. Diese Verlängerung der Arbeitszeit ist die Hauptursache des Ausstandes. Den unmittelbaren Anlass zu seinem Ausbruch aber gaben die Zustände in Seraing und Flemalle. Dort bestand infolge der grossen Kohlenergiebigkeit dieses Bezirks bisher der Siebenstundentag. Entgegen den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes verlangen nun die Gesellschaften dieses Gebietes den Uebergang zum Neunstundentag bei gleicher Lohnhöhe wie vorher beim Siebenstundentag. Verhandlungen mit den Arbeitervertretern wurden abgelehnt, wiederholte Vermittlungsversuche der Regierungsbehörden zurückgewiesen. In den ersten Januartagen traten daher etwa 1000 Bergarbeiter in den Streik ein, der sich binnen kaum einer Woche auf etwa 12,000, nach andern Berichten auf 20,000 Köpfe (von 36,000 insgesamt vorhandenen) ausdehnte. Hierzu kamen noch mehr als 2000 Bergarbeiter des Gebietes von Charleroi, die mit ihren Schichtzeiten, welche ausserordentlich ungünstig gelegt worden waren, unzufrieden waren. In Seraing ist es zu Zusammenstössen zwischen Polizei und Streikenden gekommen, wobei geschossen wurde; dagegen verlief ein grosser Umzug von etwa 20,000 Personen durch Lüttich ohne jeden Zwischenfall. Mit der Organisation der Bergleute steht es schlecht. Die Streikkasse verfügt zwar über ansehnliche Mittel und gewährt den Organisierten täglich 2 Fr. Unterstützung, es sind aber *nur etwa 6000—7000 Bergarbeiter organisiert*. Die Nichtorganisierten sind existenz- und oft auch obdachlos, da die Gesellschaften meist auch Hauswirte der Arbeiter sind und nun gegen diese auf Grund der Verknüpfung von Dienst- und Mietsvertrag rücksichtslos vorgehen. Für die Unorganisierten wurden Sammlungen veranstaltet. Die Notlage der Streikenden wird durch den Beschluss der Bergwerksbesitzer verschärft, an sie und überhaupt an Private keine Kohlen mehr zu liefern, eine Massnahme, die infolge der zurzeit dort herrschenden Kälte besonders einschneidend ist. Grosse Gendarmerieabteilungen sind im Streikgebiet zusammengezogen worden. — Das Lütticher Industriegebiet leidet selbst bereits unter dem Kohlenmangel, und an Ausfuhr ist zurzeit nicht zu denken. Vielmehr wäre eine Einfuhr von deutschen Kohlen für die belgische Industrie zu erwarten.

### Schneiderstreik in Wien.

In Wien sind anfangs Januar etwa 8000 in der Konfektion beschäftigte Personen in Streik getreten, und zwar *Stückmeister und Gehülfen*. Die ersteren verlangen, nachdem der frühere Tarif längst nicht mehr innegehalten worden ist und die Löhne wieder auf das Niveau der vor dem Streik von 1903 bestehenden Löhne herabgesunken sind, infolge der allgemeinen Teuerung einen neuen Tarif, der elfstündige Arbeitszeit und Erhöhung der Stücklöhne vorsieht. Die gegenwärtigen Löhne betragen z. B. für einen Sacco oft nur 2,30—2,80 Kronen und noch weniger; gefordert werden 3,50—4 Kronen von den Grosskonfektionären und 4,50—5,50 Kronen von den Platzkonfektionären. Für Westen und Hosen werden 1,30 Kronen Stücklohn gefordert. Der Reinverdienst der Stückmeister ohne Gehülfen würde sich trotz der Verbesserung des Tarifs nur auf 18—23 Kronen beziffern. Unter etwa 240 Konfektionären ist dieser Tarif anfangs nur von etwa 12 grösseren und mehreren unbedeutenden Firmen angenommen worden. Die Stückmeister demonstrieren seit Ausbruch des Streiks ausserordentlich häufig,



zum Teil in antisemitischem Sinne, und hatten zahlreiche Zusammenstöße mit der Polizei, besonders bei der Streikpostentätigkeit. Um eine wirksame Kontrolle in den Wohnungen der Stückmeister zu ermöglichen, trat der Reichsverband der Schneidermeister mit der Wiener Organisation der Hausbesorger in Verbindung, damit den Kontrollorganen der Streikleitung keine Schwierigkeiten gemacht würden. Allmählich ist die Zahl der streikenden Stückmacher auf die Hälfte zusammengeschmolzen (etwa 1600), da täglich weitere Konfektionäre dem Tarif beitreten. Unterstützung haben die Stückmeister bei den Schneidern in Prossnitz (im ganzen etwa 12,000, darunter 600 Stückmeister mit 1000 Gehilfen sowie 6000 selbständige Hausarbeiter) gefunden; dort besteht zwar ein Tarif, doch gewährt er den Arbeitern kaum 10 Kronen Wochenverdienst; die Prossnitzer organisierten Schneider verweigern die Uebnahme von Streikarbeit; dasselbe tun diejenigen von Boskowitz und Holleschau, wo mangels tariflicher Regelung noch schlechtere Bedingungen herrschen. Eine Solidaritätserklärung ohne praktische Weiterungen ist ferner aus Budapest eingetroffen. Der voraussichtliche Erfolg der Stückmeister Wiens ist indessen, abgesehen von ihrem ansehnlichen Streikkassenbestand, vor allem dadurch zu erklären, dass sie mit den Gehilfen *gemeinsam* vorgegangen sind. Da nun aber die letzteren wieder auch gegenüber den Stückmeistern Forderungen erheben, so ist die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Gruppen von ganz besonderem Interesse. Die Gehilfen nützen die günstige Situation zu den Forderungen zehnstündiger Arbeitszeit, höherer Löhne und Beseitigung des Kost- und Logierzwangs aus; die Löhne sollten im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit 3 Kronen, im zweiten 3,50 Kronen betragen (Tagelohn); selbständige Arbeiter sollen 4, qualifizierte 5 Kronen erhalten; der Lohnvertrag sollte zwischen der Stückmeisterorganisation und dem Gehilfenausschuss abgeschlossen werden. Die Zwischenmeister gestanden 11 Stunden Arbeitszeit und Abschaffung des Kost- und Logierzwangs zu, boten aber als Mindestlohn nur 2,50 Kronen nach beendeter Lehre, 3 Kronen nach einem Jahre und 3,50 Kronen nach zwei Jahren an; die Stückerbeiter sollen  $\frac{2}{3}$  des Stücklohns des Meisters als Mindestlohn erhalten. Diese Zugeständnisse lehnten die Gehilfen als unzureichend ab. Auch die Gehilfen veranstalten Demonstrationen; sie versuchen mitunter, durch scharenweisen Besuch bestreikter Kaffeehäuser einzelne in diesen arbeitende arbeitswillige Kellner in Verlegenheit zu bringen; die Polizei sucht dies zu verhindern.

### Ein Streik der Wiener Kaffeehauskellner

war auf den 5. Januar angesetzt worden. Die Forderungen der Kellner wurden von der Kaffeesiedergenossenschaft als nicht im Wege des Kollektivvertrags erfüllbar bezeichnet, da die Verhältnisse in den einzelnen Kaffeehausbetrieben zu verschieden seien; auch die Forderungen der Kaffeehausküchenangestellten wurden nicht gewährt. Ein Rundschreiben der Kaffeesiedergenossenschaft enthält folgenden hübschen Passus: « Wenn wir nun den Forderungen eines Bruchteils unserer Gehilfenschaft nicht nachgeben oder vielmehr absolut nicht nachgeben können, so lassen wir uns nicht zum wenigsten von der Absicht leiten, unsere Betriebsstätten als das zu erhalten, als was sie einen Weltruf erlangten: als *Stätten der Wiener Behaglichkeit und Gemütlichkeit*, die wir nicht zum *Tummelplatz wüster Agitation* herabsinken lassen wollen. » — Den einzelnen Kaffeehausbesitzern stand indessen frei, sich mit den Gehilfen zu einigen; dies ist in den meisten Fällen erfolgt; nur vor einem Kaffeehaus, dessen Besitzer sich nicht mit den Gehilfen einigte und Streikbrecher einstellte, kam es zu lebhaften Demonstrationen und Eingreifen der Polizei.

*Soziale Praxis.*

### England.

In Wales haben die Streikunruhen wieder begonnen. In einer Massenversammlung wurde die Wiedereinstellung von Streikposten beschlossen und sogar die Bewaffnung der Streikposten vorgeschlagen. Die Beamten in den Gruben sollen verhindert werden, andere als ihre Spezialarbeiten zu verrichten. Es wurde beschlossen, neue Demonstrationen zu veranstalten. Nach der Versammlung zog die Menge nach der Gilfach- und Goch-Grube und zwang die Maschinisten zum Verlassen der Fördermaschine: Auf die Baulichkeiten und die arbeitenden Bergleute werden Steine geschleudert. Es wurde sofort ein grösseres Polizeiaufgebot herbeigerufen.

### Portugal.

Sämtliche Metallarbeiter Lissabons haben den Ausstand erklärt. — Die Eisenbahner aller Linien, auch der staatlichen, sind in den Ausstand getreten. Es verkehren keine Züge mehr. Die Eisenbahner haben alle übrigen Arbeiter ersucht, sich ihrer Bewegung nicht anzuschliessen, damit nicht die öffentliche Ordnung gestört werde.

Eine Darstellung der Eisenbahngesellschaft lautet, die Leute könnten mit den Konzessionen der Gesellschaft, die die Spesen für das Personal im letzten Monat angeblich um 190 Kontos erhöhte, zufrieden sein. Mit Rücksicht auf die Rentabilität der Gesellschaft können unmöglich alle Forderungen bewilligt werden, da diese eine Erhöhung der Personalspesen um rund 800 Kontos bedeuten. Die streikenden Eisenbahner aber sagen, dass sie lange genug für niedrige Löhne gearbeitet haben. Die bürgerlichen Republikaner empfinden die sozialen Bewegungen sehr schwer, da sie der neuen Staatsform Schwierigkeiten bereiten. Die Angestellten und Arbeiter aber vermessen jede soziale Tätigkeit der Republik.



## Statistische Notizen.

### Unternehmerorganisationen.

Es sind nun 25 Jahre her, seitdem der Schweizerische Gewerbeverein ein ständiges Sekretariat errichtet hat, das von dem ehemaligen Buchdruckereibesitzer Werner Krebs versehen wurde. In einem Jubiläumsartikel gibt die Schweizerische Gewerbezeitung auch einen Ueberblick über die Entwicklung des Mitgliederbestandes, worüber folgende Zahlen informieren:

Jahr	Handwerker- u. Gewerbevereine	Berufsverbände	Andere Sektionen	Total der Sektionen	Total der Mitglieder
1880	31	—	5	36	1,750
1886	40	3	8	21	2,520
1890	59	10	8	77	4,115
1895	70	14	9	93	17,233
1900	91	29	12	152	25,704
1905	104	45	13	162	33,880
1910	118	44	13	175	zirka 50,000

Die Einnahmen des Vereins an Beiträgen der Sektionen stiegen von 1307 Fr. im Jahre 1885 auf 7730 Fr. im Jahre 1909. Die Gesamtausgaben des Vereins wuchsen von 1275 Fr. im Jahre 1885 auf 28,205 Fr.; diejenigen der Lehrlingsprüfungen von 2278 Fr. im Jahre 1889 (Beginn der Zentralleitung) auf 37,632 Fr. im Jahre 1909.

Diese Angaben werden für die Arbeiter einen Ansporn bilden, um kräftig an der Weiterentwicklung ihrer Organisation zu schaffen.